

Zu Punkt der Tagesordnung

Antrag			1117/2013 öffentlich 12.12.2013
Datum	Gremium	Antragsteller/in	
Ö 12.12.2013	Ratsversammlung	Ratsherr Stefan Rudau, DIE LINKE	
Ö 19.12.2013	Ratsversammlung		
Betreff:			
Begehren gegen Möbel Kraft: Laubenabriss stoppen - Respekt vor dem Bürgerwillen			

Antrag:

Die Ratsversammlung bekennt sich dazu, dass der von Bürger_innen angestrebte zulässige Bürgerentscheid störungsfrei durchgeführt werden kann.

Die Ratsversammlung fordert die Verwaltung auf, die bereits erteilte Abrissgenehmigung von Gartenlauben auf dem Gelände „Prüner Schlag“ zurückzuziehen bzw. zu widerrufen.

Weiterhin fordert die Ratsversammlung die Firma Krieger/Möbel Kraft auf, trotz erteilter Abrissgenehmigung keine Gartenlauben abzureißen und die Durchführung des Bürgerbegehrens abzuwarten.

Begründung:

Begründung der Dringlichkeit:

Erst am 11.12.2013 um 11.19 Uhr erhielten die Fraktionen offiziell Kenntnis von der vollen Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Ebenfalls am 11.12.2013, aber bereits 11.03 Uhr wurden die Fraktionen seitens der Verwaltung in Kenntnis gesetzt, dass nun der Abriss der Gartenlauben in sofortigem Vollzug genehmigt worden sei. Aufgrund dieser Daten war eine vorherige, fristgemäße Antragseinreichung nicht möglich. Da der Abriss der Lauben bereits für die kommende Woche in Aussicht gestellt wurde, ist eine spätere Befassung nicht mehr möglich.

Begründung des Antrages:

Ein Abriss der Gartenlauben würde Tatsachen schaffen, die dem zulässigen Bürgerbegehren zuwiderlaufen und die die Nutzungsmöglichkeiten nachhaltig einschränken. Da die Kieler nun innerhalb eines absehbaren Zeitraumes eine Entscheidung treffen werden, sollte und darf nach dem Gesetz keine Maßnahme erfolgen, die den Status Quo ändert. Der Abriss der Gartenlauben sollte daher vor dem Bürgerentscheid nicht mehr erfolgen. Mit weniger Aufwand wäre es kurzfristig möglich andere und wahrscheinlich geeignetere Maßnahmen zur Verkehrssicherung zu ergreifen, darauf soll der Eigentümer der Fläche hingewiesen werden, denn ohne die Sicherungsmaßnahmen wird es auch weiterhin Vandalismus, Müllablagerungen, Plünderungen usw. geben - diese sind allein durch den Abriss von Gartenlauben nicht zu verhindern. Stattdessen muss Sorge getragen werden, dass Unbefugte die Parzellen nicht betreten können und das Gelände nicht von Unbefugten befahren werden kann.

gez. Stefan Rudau
Ratsherr

f.d.R. Florian Jansen
Fraktionsgeschäftsführer